

**Oldenburger Universitätsreden**

**Nr. 79**

**Akademischer Bürgersinn  
und politische Verantwortung**

**Der Ehrenbürger Horst Milde**

**Mit Beiträgen von Michael Daxner,  
Peter Singer und Horst Milde**



## VORWORT

Horst Milde, Präsident des Niedersächsischen Landtages in Hannover, ist der dritte Ehrenbürger der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. In einer Feierstunde am 22. Mai 1996 wurde ihm die Ehrenbürgerschaft verliehen.

Mit Horst Milde, das unterstrich Präsident Daxner in seiner Laudatio, ehrt die Universität eine herausragende Persönlichkeit der Region, die für die Universität in Oldenburg Außerordentliches geleistet hat. Ich erinnere mich zahlreicher Gespräche und Beratungen aus der Mitte der siebziger Jahre, die Horst Milde mit der damaligen Universitätsleitung führte. Er wollte genau wissen - und sich nicht auf Gerüchte verlassen -, welche Vorstellungen und Pläne die Verantwortlichen für den Ausbau der für die Region bedeutsamen Hochschulneugründung hatten und wie eine unterstützende Begleitung durch die Politik der Stadt Oldenburg aussehen könnte.

Horst Milde besaß parteiübergreifenden Weitblick als er in seiner Funktion als Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg die Zusammenarbeit der Universität mit den Institutionen der Stadt und der Region sowie mit den politischen Fraktionen anregte und dauerhaft begleitete. Beeindruckend war dabei seine verständnisvolle und sorgfältige Einarbeitung in die Probleme einer so komplizierten Institution wie die einer neugegründeten und von ihrem Reformansatz nicht unumstrittenen Universität. Besonders hervorzuheben ist u. a. Mildes Hartnäckigkeit, mit der die Universität Unterstützung bei der Einrichtung des Instituts der Chemie und Biologie des Meeres (ICBM) und bei der Gründung des Informatik-Instituts OFFIS erfahren hat. „Wir schmücken uns mit einem Anwalt und Fürsprecher, bei dem unsere Universität im besten Sinn des Wortes gut aufgehoben ist“, sagte Präsident Daxner in seiner Rede. Präsident Daxners Laudatio „Akademischer

Bürgersinn und politische Verantwortung für die Hochschulen“ steckt für dieses Verhalten Milde und für seine Verdienste einen übergreifenden Rahmen ab.

Mit seiner Rede „Universitäten mit Zukunft“ nach der Entgegennahme der Ehrenbürgerschaft lieferte Horst Milde erneut eine Bestätigung für die von Professor Daxner über Milde herausgestellte Verantwortungsbereitschaft. Denn Milde würdigt darin nicht nur die Aufbauleistungen der Universität und ihre große Bedeutung für die Region, sondern geht mit der derzeitigen Landesregierung, die von seiner Partei gestellt wird, und mit der von ihr vertretenen Politik hart ins Gericht. Milde fordert, trotz aller Engpässe im Finanzbereich, eine Fortsetzung der Ausbaupläne, um endlich die Konsolidierungsphase der Universitätsgründung in Oldenburg abzuschließen.

Mit der Veröffentlichung der Reden der Feierstunde am 21. Mai 1996 wollen wir nicht nur den Festakt dokumentieren, sondern erneut für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit von Region und Universität werben. Immerhin besteht die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg im übernächsten Jahr bereits fünfundzwanzig Jahre und ist aus der Reihe der bedeutsamen Institutionen der Stadt und der Region nicht mehr wegzudenken.

Oldenburg, im Juni 1996

Prof. Dr. Friedrich W. Busch

**PETER SINGER**

*Zur Eröffnung der Feierstunde*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn ich heute diese Feierstunde mit einigen Worten einleiten darf, dann ist das nicht nur ein ehrenvoller Auftrag, sondern auch eine große und ganz persönliche Freude für mich.

Sehr verehrter, lieber Herr Milde, in meiner nun fast 40jährigen Tätigkeit in der niedersächsischen Planungsverwaltung in Oldenburg und Hannover und an dieser Hochschule haben sich unsere Wege mehrfach gekreuzt. Besonders eng war die Verbindung in Ihrer Zeit als Präsident des Verwaltungsbezirks Oldenburg, als wir uns gemeinsam um eine gute räumliche Ordnung und Weiterentwicklung im Oldenburger Land bemühten. Gemeinsame Landesplanung Bremen/Niedersachsen, der Ausbau Wilhelmshavens zum Standort von Großindustrie und Tiefwasserhafen, die Entwicklung der Wildeshauser Geest als Naturpark, die Erschließung der Erdgaslagerstätten und die Anfänge der Einrichtung eines Nationalparks Wattenmeer sind Stichworte für die Vielfalt und das Ausmaß des Aufbruchs der 70er Jahre in unserem Raum. Gern denke ich noch an die gemeinsamen Fahrten in die benachbarten Provinzen Groningen, Drenthe, Twente und Overijssel im Rahmen der Deutsch-Niederländischen Raumordnungskommission. Nicht alle damaligen Pläne sind Wirklichkeit geworden. Ich nenne nur den Dollarthafen, den Umbau Wilhelmshavens und Frieslands einschließlich Wangerooze zu einem rotterdämähnlichen Hafen- und Industriekomplex oder den Bau des Großflughafens Bremen II bei Hude. Aus heutiger Distanz waren es Versuche, unsere Region in ihrer Randlage

auf eine vermeintlich zukunftsichere Entwicklung vorzubereiten. Nach schmerzlichen Erfahrungen mit einer nahezu unbegrenzten Veränderung unserer Umwelt ist inzwischen die Notwendigkeit der Bewahrung von Lebensqualität und der Sicherung unserer natürlichen Grundlagen bewußt geworden, und ich habe bei Ihnen bereits damals Zweifel gespürt, ob mit so einschneidenden Vorhaben in diesen Größenordnungen und Auswirkungen nicht die Vorzüge unseres Raumes ernsthaft gefährdet würden.

In unserer Zusammenarbeit spürte ich viel Gleichklang von Ideen und Zielen. Das hat mich motiviert und beeinflußt, und dafür bin ich dankbar. Ich habe von Ihnen lernen können, daß öffentliche Verantwortung für einen Raum Einfühlungsvermögen in dessen aus Natur und Geschichte entstandener Individualität voraussetzt und Eigenart und Vorstellungen seiner Bevölkerung einschließt. Ideen haben, mit den davon betroffenen Menschen reden, Konsens suchen, aber auch mit Beharrlichkeit und verlässlicher Glaubwürdigkeit die Entwicklung eines Raumes Dritten gegenüber zu vertreten - ganz gleich in welcher Funktion als Kommunalvertreter, als Verwaltungspräsident, als Mitglied des Landtags, als Oberbürgermeister oder als Landtagspräsident, immer erlebte ich Sie als Mann dieser Region und ihrer Menschen. Es ist eine Region, die nun in größerem Zusammenhang versucht, Identität zu entwickeln, um auf sich aufmerksam zu machen und eigene Kräfte zu mobilisieren, da Hilfe von außen weniger wird oder gar ausbleibt. Europa formiert sich und damit der Wettbewerb seiner Länder und ihrer Landesteile. Das Bemühen nach grenzüberschreitender Gemeinsamkeit hat vielfältige Formen der Zusammenarbeit auch im Weser-Ems-Gebiet entstehen lassen. Die Neue Hanse Interregio, Regionalkonferenzen, regionales Marketing, kommunale Zweckverbände und eine neu belebte gemeinsame Landesplanung mit Bremen sind Beispiele wieder oder neu entdeckter Verantwortung für die weitere Entwicklung in einem größeren regionalen Rahmen.

Wir müssen dabei erkennen, daß wir dabei nicht immer mit verlässlicher Unterstützung von oben und außen rechnen können. Um so wichtiger muß diesem Raum Ihr glaubwürdiger und tatkräftiger Einsatz sein. Großräumiger und langfristig denken und handeln, ohne dabei die individuellen Eigenarten aufzugeben, war und ist ein Grundsatz Ihrer Arbeit in Politik und Verwaltung. Ich bedanke mich für die vielen Anregungen, die ich von Ihnen erhielt, die meine Einstellung beeinflußt haben und die ich versuche, an unsere Studierenden weiterzugeben.

So wie wir in Ihnen einen unermüdlichen und überzeugenden Repräsentanten der Weser-Ems-Region sehen, so sind Sie auch von Beginn an ein verständnisvoller Förderer unserer Universität gewesen. Es war eine gute Entscheidung des Senats, Ihnen die Ehrenbürgerwürde anzutragen. Wir freuen uns darüber, daß Sie sie annehmen werden.



**MICHAEL DAXNER**

*Akademischer Bürgersinn und politische  
Verantwortung für die Hochschulen*

Bürgerschaft, das ist ein seltsamer Begriff: im vorschnellen Jargon der Kritik ein Symbol für rückständig-behagliches Besitzen, nicht nur von linken Theorien im Kleinbürger mit dem Klassenstigma versehen, von den rechten Jugendmythomanen als peinliches Relikt zur Verfolgung freigegeben, und von der eigenen Klasse delikats vernebelt: was da nämlich als Bürgertugend erscheint, macht einem schon die bloße Erwähnung madig.

Dazu haben wir uns heute aber versammelt, einen Bürger zu ehren mit der Ehrenbürgerschaft der Universität. Unsere Assoziationen sind andere als die eingangs erwähnten, und stehen mit ihnen doch dialektisch vermittelt. Universität und Stadt, das gehörte für das sich von Kirche und Aberglauben emanzipierende Europa zusammen. *Stadtluft macht frei*, jedenfalls in Europa, der feudale Zugriff auf Handwerk und Handel, später auf Schulen und Kultur, konnte in den Städten weniger greifen als in agrarischen Strukturen, und die Bürger setzen sich der Unterdrückung entgegen: auch weil sie etwas zu verlieren haben. Das begreifen die Bürger schnell, daß sie von der Wissenschaft profitieren, selbst in Oldenburg ist es neuerdings Gemeingut. Die Trennung zwischen dem Bourgeois und dem Citoyen, dem behaglichen Rentenverzehrter der Arbeit der Anderen und dem politischen Subjekt, das seine und seinesgleichen Geschichte selbst organisieren möchte, setzt schon früh ein. Und wo sollte eine Universität besser gedeihen als im Schutz der Bürgerlichkeit, die, nicht uneigennützig, früher als die adeligen Hochschuleigentümer verstanden, daß ohne ein



Minimum an geistiger Freiheit und Autonomie eben nichts Gescheites von den Hohen Schulen als ein paar Ritterspiele und seltsame Sitten zu erwarten war. Es macht hier auch einen seltsamen Eindruck, wenn bei der Namengebung mit modernen Universitäten die Politik ihre liebe Mühe hat, während bedenkenlos Despoten gefeiert werden, nur weil sie sich eine Universität gehalten haben, sowie man sich eine Mätresse oder einen Hund hielt. Ob das Volk für die Universitäten dankbar war? Der heutige Anlaß drängt eine bittere Denkmalassoziation auf: Wer in Hannover aus dem Bahnhof tritt, findet auf dem Sockel des königlichen Reiterstandbilds den unnachahmlichen niedersächsischen Genitiv: „Dem Landesvater sein treues Volk.“ Der Landtagspräsident aber hat durchgesetzt, daß den Göttinger Sieben vor dem Landtag ein Denkmal gesetzt werde, den Regierenden und dem Volk zur Mahnung, und also dort besser plaziert sei als vor jeder Universität. Nicht nur die bürgerliche Gewerbefreiheit, sondern auch die intellektuellen Produktivkräfte wollten von den hohen Schulen gefördert werden. Auf die Entwicklung der Produktivkräfte aber war das Bürgertum angewiesen, und die Wissenschaft mitsamt ihrer Ausbildung gehörte da wohl dazu.

Nach Rosalinde von Ossietzky und Erwin Fritzsche verleiht unsere Universität heute Horst Milde die Würde eines Ehrenbürgers. Wenn wir wollen, daß dieses in der Tradition des Citoyen, des selbstbewußten, politisch wachen und aktiven Bürgersinns verstanden wird, müssen wir unseren Ort bestimmen, damit sich der Geehrte auch zurechtfinden kann in einer Ehre, die gar nicht so leicht über die Lippen der Reformuniversität kommt. Allen voran waren es die sozialistischen und sozialdemokratischen Vorstellungen, die die Grundelemente dessen geprägt hatten, was sich später als *Aufstieg durch Bildung und Wissenschaft im Dienste des Volkes* formelhaft verkürzen sollte. In der Verkürzung lag allerdings die Tragik, und manchmal das Unbedarfte der Arbeiterbewegung, die über dem *Wissen ist Macht-*

Voluntarismus vergaß, daß, wer Macht besitzt und verteidigt, schon einen gewaltigen Wissensvorsprung hat.

Mit den beiden Genannten hat Horst Milde eines gemeinsam, das als erstes genannt werden soll: Er stammt aus einer Tradition, die es nicht bei der akademischen Bildung für die Funktionseliten belassen wollte, sondern sich neben der allgemeinen Öffentlichkeit - der Gesellschaft - auch einer spezifischen Gruppe verpflichtet fühlt: den arbeitenden Menschen.

Hier liegt einer der Ursprünge des heutigen Anlasses. Wie kaum ein anderer Politiker der Region hat Horst Milde gesehen, sehen wollen, daß die Wissenschaft hier ihren Ort finde, daß sie nicht einem abstrakten Volk, sondern den konkreten Menschen hier in der Region diene, und eines der sozioökonomischen Armenhäuser der Republik mit an einem Aufstieg beteilige, dessen Nutznießer heute hier im Saale sich eingefunden haben - oder dem Ereignis mit einer gewissen Bewußtlosigkeit gegenüber dieser Tatsache fernbleiben.

Eine Universität, die den Namen des Carl von Ossietzky trägt, ist nicht schon deshalb besser als andere, moralischer, kritischer, bewußter. Dazu gehört, daß sie in sich vereinigt und fortführt, was ihr Namensgeber *heute bedeuten* könnte, und daß sie *anbietet*, was man daraus folgernd für sie erwarten kann. Es genügt nicht, auf die Reinheit der idealen Vorstellung in einem politischen Vakuum zu rekurrieren, sondern an der Praxis und ihrem Erfolg mißt sich die Qualität des Denkens einer Universität, ihrer Theorie. Die Politik muß dafür sorgen, daß die Bedingung der Möglichkeit geschaffen wird, solche Praxis zu entwickeln: eingreifen soll sie nicht, und wenn sie es tut, ist das Ergebnis eher fatal.

Horst Milde gehört zu denen, die jene Vorhaltepolitik mit Engagement und Erfolg betrieben haben. Als Abgeordneter, als Oberbürgermeister, als Landtagspräsident, als regionale

Persönlichkeit hat er sich für die Universität eingesetzt, nicht selten gerade einen Teilaspekt auf diese ganze Institution beziehend. Von hier läßt sich auch das außergewöhnliche Maß an Einsatz beschreiben, für das wir ihm heute danken.

Wenn eine Lobrede nicht zur freundlichen Anekdote verkümmern soll, muß sie mehr der Persönlichkeit als der Person gelten. Aber wenn einem diese Person oft gegenüber sitzt, und man ihre Mimik und Gestik gelernt hat, dann verführt es schon, dem Gesicht unseres Ehrenbürgers einen Augenblick Aufmerksamkeit zu widmen. Mit zunehmendem Aufstieg in die obersten politischen Sphären sind seine Gesten immer sparsamer, seine Augenbrauen aber um so aktiver geworden. Trägt man ihm etwas Vernünftiges vor, das er selbst auch schon so gedacht hat, dann gehen die Augenbrauen hoch, und Horst Milde schaut verwundert, daß wir nicht längst schon diesen Gedanken verwirklicht haben. Bewegt er seine Gesichtszüge nicht und hält also auch die Brauen in Ruhe, ist das kein gutes Zeichen für den Interventen, eine starre Betrübnheit läßt schon darauf schließen, daß aller guter Wille wenig ausrichten wird. Aber am liebsten sind mir die wellenförmigen Bewegungen der Brauen des Landtagspräsidenten, wenn sie signalisieren, daß er von meinen Vorschlägen zwar vorderhand nicht viel hält, daß aber seine Solidarität zur Universität die eigenen Ansichten in den Hintergrund treten läßt. In solchen Situationen sagt Horst Milde ganz häufig: „Ich werde das prüfen lassen“, und darauf ist Verlaß, und das Ergebnis der Prüfung mag ungewiß sein, aber es bezieht sich wenigstens immer auf das vorgebrachte Anliegen.

Ob es um die Lehramtsausbildung ging, um Jura, Erwachsenenbildung, Europäische Studien, um den Erhalt der künstlerischen und musikwissenschaftlichen Studiengänge, um den Bau von OFFIS oder die Elektrotechnik - es sind die Universität und ihre Wechselwirkung mit der Gesellschaft, nicht das Fach oder die personalisierte Wohltat, um die es Horst Milde geht. Um dies zu begreifen, braucht es wohl -

neben der biographischen Erfahrung - einen politischen Blick. Gerne reduziert sich öffentliches Interesse an einer Universität auf die Fächer, die gerade in den ersten Blick fallen, also meistens die angewandten Wissenschaften oder Fachverbindungen, an denen Wirtschaft und Verwaltung interessiert sind. Daß aber all diese Fächer - an die Adresse der geneigten Öffentlichkeit deutlich gesagt: daß Jura, Wirtschaftswissenschaft und Technik - nicht gelingen können ohne die Einbettung in eine Körperschaft, in der auch Soziales, in der auch Kultur, in der auch das scheinbar Unnötige gedacht und verknüpft wird, darauf kommt es an, sonst erzeugen wir Fachidioten oder Funktionstrottel. Dies hatte Horst Milde schon früh in seine Verhandlungsstrategien und wohl auch -taktiken eingebracht: nicht das eine zugunsten des andern opfern, sondern austarieren und verbinden. Wer ihm solche Moderation zeitweise zum Vorwurf machte, sieht sich des Besseren belehrt, wenn wir immerhin das Fächerspektrum und seine Qualität betrachten, die wir erhalten und ausbauen konnten. Das war zum Beispiel in der rabiatischen Streichungsperiode 1987/88 gar nicht so klar vorauszusehen.

Horst Milde hat die Universität gegen ihre Kritiker verteidigt, indem er sich für ihre Ziele zur Verfügung stellte, das im Wortsinn, und das wird mich erneut zur Bürgerlichkeit und zur Bürgerschaft bringen.

Als diese Universität gegründet wurde, beriefen sich ihre Gründerinnen auch und nachdrücklich auf die Tradition der bürgerlichen Demokratie. 1789, 1848, und schließlich Carl von Ossietzky als den demokratischen Intellektuellen, der der ersten deutschen Demokratie ihre republikanische Tugend demonstrieren sollte. Diese Tradition sagt wenigstens aus, daß die Bürgerinnen in ihrem Land keine Fremden sein sollen, daß sie - und nicht eine feudale oder durch bloßen Besitz sich legitimierende Obrigkeit - die Geschicke des Landes lenken sollen, daß sie sich die Regeln geben, an die sie sich auch

halten wollen - kurz: Bürgerschaft und Republik bedingen einander.

Wir wissen sehr gut, wie weit und wie wenig fortgeschritten unsere Universität auf dem Weg zu dieser republikanischen Verfassung ist, und hier ist sie ein gutes Abbild unserer Gesellschaft. Die Bürgerschaft in der Gelehrtenrepublik meint doch, mit den ungeheuren Privilegien der wenig entfremdeten Arbeit des Denkens auch die Verantwortung für die Folgen dieses Denkens übernehmen zu wollen. Das aber bedeutet, sich nicht auf die kritische Reflexion der vorhandenen Umgebung des Geistes, also dieser miesen Welt, Gesellschaft und Verhältnisse, überhaupt zu beschränken. Wenn es zur Bürgerschaft gehört, seine eigene Sache in die Hand zu nehmen, um sich nicht vorschreiben zu lassen, wie man die Welt zu betrachten habe, dann darf sich das Denken nicht in der moralisierenden Kritik und einer bloß kritischen, nicht praktischen Moralität erschöpfen. (Das sind im übrigen Kategorien des jungen Karl Marx, als er sich vor 1848 mit dem Versuch auseinandersetzte, die Menschen gegen 1789 zu immunisieren.) Anders gesagt: die Verknüpfung von Theorie und Praxis, die Wechselbeziehung zwischen Reflexion, Kritik und Anwendung, sind nicht nur Bedingungen für kompetentes Handeln von Staatsbürgerinnen, wenn sie sich politisch verstehen, sondern sie sind geradezu Voraussetzung dafür, daß wir überhaupt von einer Universität sprechen können.

Die eigene Sache in die Hand nehmen bedeutet aber, sich nicht nur für die eigenen Interessen einsetzen. Horst Milde hat der jungen Universität seine Hilfe und Unterstützung gegeben, als dies gar nicht so populär für einen Politiker war, weil man zwar *eine* Universität, aber vielleicht damals nicht *diese* wollte. Es wäre fatal, wenn alle Politikerinnen nur aus Altruismus, ohne Ansehen der eigenen Macht, handelten - auch dies gehört zur Bürgerschaft des Citoyen, nicht zur bloß appellierenden Instanz zu verkommen. Aber es ist eben nicht selbstverständlich, Fürsprecher, Lobbyist,

Interventionist, Moderator zu sein für Interessen, die den eigenen Machthorizont weit übersteigen. Hierin liegt ein Grund mehr, Horst Milde heute zu ehren, als Repräsentanten für eine ganze Reihe von politischen Menschen, die sich so verhalten haben.

Die Studentinnenschaft dieser Universität hat in einem offenen Brief vermutet, daß solches Engagement für lokale und regionale Politikerinnen selbstverständlich sei. Der rasche Wechsel und die langen Fristen zwischen kurzen Handlungsperioden unseres AStA bedingen wohl eine gewisse Kurzsichtigkeit in dieser Frage, denn man sollte schon über einen gewissen Zeitraum beobachten, wie und warum sich Hochschulpolitik machen oder eben verhindern läßt. Es gibt viele Universitätsstädte, in denen das Verhältnis zwischen Town und Gown, zwischen Stadt und Universität, gespannt bis belastet ist, und noch mehr, in denen die Rolle der Universität gegenüber anderen Aktionsfeldern weit geringer ist als in Oldenburg. Und daß dies so ist, zählt bestimmt zu den Verdiensten auch der Person Horst Mildes, und nicht nur seiner pflichtgemäßen Ämter. Viele Fächer wären heute nicht, oder wenigstens nicht so studierbar, wenn es seine Politik nicht gegeben hätte. Und, in Anknüpfung an das oben Gesagte, muß sich der AStA schon die Gegenfrage gefallen lassen, wo denn seine Kritik an den Politikerinnen und Funktionsträgerinnen bleibt, die *nicht* ihre Pflicht erfüllen, in dem sie sich für ihre Universität einsetzen, schon gar, wenn sie über Macht und Einfluß verfügen - das nämlich ist die Haltung der moralisierenden Kritik, die Menschen beschädigt, ohne eigentlich einen Ausweg sinnvoll vorstellen zu können. Dennoch: der AStA hat mit seinem Brief ein wichtiges Problem in bedenkenswerten Kategorien angesprochen, wenn er fragt, was die Bürgerschaft der Universität eigentlich bedeutet, daß ihre ehrende Überhöhung zur größten Auszeichnung dieser Universität werden kann.

Was ist das Besondere daran, daß wir Horst Milde und nicht jemand anderen ehren? Lassen Sie mich einen Umweg machen, um schneller ans Ziel zu kommen: Rosalinda von Ossietzky ist unsere Ehrenbürgerin. Aber doch nicht, weil sie die Tochter von Carl von Ossietzky ist, doch nicht, weil sie sich auf ihren Vater beruft, sondern weil sie konkret seine Arbeit fortsetzt, weil sie sich menschlich und durch ihre großartige Zuwendung an diese Universität für uns verwendet hat, damit wir - stellvertretend für die intellektuelle Republik - am Werk ihres Vaters weiterarbeiten. Und Erwin Fritzsche ist doch nicht Ehrenbürger geworden, weil er ein bildungszugewandter Gewerkschafter ist, sondern weil er daraus die Anstrengung der Universitätsgründung und eine antizipierende Profilierung derselben unternommen hat, also mit uns und für uns gewirkt hat. Dieses *Mit-uns und Für-uns* unterscheidet eine Ehrenbürgerschaft von anderen Auszeichnungen, die sich im öffentlichen Bereich eher auf das zweite, im akademischen auf das erste beziehen. Genau hierin unterscheidet sich die heutige Ehrung von den vielfältigen Hüten, die man Politikerinnen gerne aufsetzt, damit sie als Protektoren wirken, weil sie - so geehrt - scheinbar gar nicht anders können. Sie können. Wie in Niedersachsen gut zu beobachten, führt solches opportunistisches Handeln eher zum gegenteiligen Effekt: erst wird Veränderung verhindert, dann wendet man sich achselzuckend ab, um nicht in die Pflicht genommen zu werden.

Horst Milde könnte gerade als Landtagspräsident jeden Versuch, ihn um Unterstützung zu bitten, mit Hinweis auf sein hohes und überparteiliches Amt abwehren. Aber er ist in dieses Amt als Abgeordneter von Oldenburg gelangt, wir haben ihn abgeordnet, und er steht zur Verfügung. An dieser Stelle soll dem menschlichen Aspekt des Zur-Verfügungstehens noch ein Wort gewidmet sein. Da kann einer schon aufrecht und wortgewaltig für etwas streiten,

aber erfolglos bleiben, weil die relevanten Leute gar nicht an seinem Tisch sitzen. So einer ist Horst Milde nicht, auch nicht einer, der dauernd mitteilt, wir hätten unser Äußerstes versucht, müßten aber weiterhin erfolglos bleiben, weil wir ja die falschen Leute am falschen Platz seien. Er handelt, indem er verhandelt - eine bürgerliche Tugend gegenüber dem Schwarz-Weiß der gewaltförmigen Vorstellung von Entscheidungen -, und dazu muß er oft gegen seine Parteifreunde, oft gegen die Vertreterinnen anderer Regionen, oft gegen seine Überzeugung handeln, wenn er meint, daß unsere Vorstellungen richtiger sind. Damit macht man sich nicht nur Freundinnen. Vorschnell mault auch hier die moralisierende Kritik, solche Leidenschaftlichkeit sei denen da oben ja wohl abzuverlangen. In diesem Hörsaal sagte Alfred Grosser den denkwürdigen Satz: *Das Volk muß sich auch einmal regierend denken, um zu wissen, was es von den Regierenden verlangen kann.* Womit wir wieder bei der Bürgerschaft sind, die auch darin besteht, sich belehren zu lassen und zu lernen, nicht bloß ihrem eigenen Wissen und Verstand zu vertrauen; und die, als lernfähige, sich immer parteiisch zu erkennen gibt, gerade, wo öffentliche Ämter parteiische Amtsführung verbieten. Staatsbürgerschaft ist zu einem Symbol gesellschaftlicher Überlebensbedingung geworden. Bürgerschaft als Citoyen, das meint jene Integration in einer zivilen und zivilisierten Gesellschaft, die nicht schon deshalb gut oder abgeschlossen ist, weil ihre Mitglieder sich zu benehmen wissen oder sich einfach an die Gesetze halten. Zur Bürgerschaft gehören auch die so schwer anzumahenden Pflichten, deren Fehlen erst die Verkommenheit der Zeit deutlich macht: Zivilcourage, Mut beim Überbringen schlechter Nachricht, Konsequenz, auch wenn sie unpopulär ist; auch: dem Volk aufs Maul schauen, aufmerksam sein, aber ihm nicht nach dem Maul reden, nur weil die politische Korrektheit es gerade so verlangt.

Dies bezeichnet auch viele Eigenschaften von Horst Milde, wenn er sie auch nicht lautstark und grob entäußert. Er ist



ein genauer Chronist. Er verzeichnet penibel die Winkelzüge der Politik, die nicht immer das einlöst, was sie verspricht, und die in der Behandlung ihrer Gegenstände weit davon entfernt ist, etwa dem Prinzip der Angleichung von Lebensumständen, der Chancengleichheit, der regionalen Kompensation Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. In seinen Reflexionen offenbart sich auch viel Bitterkeit, wenn es darum geht, daß die Exekutive, die Regierung, immer wieder unterläuft, was das Parlament will, und wie die Administration beide, Regierung und Parlament, in die Sachzwänge ihrer bürokratischen Allmächtsphantasien einordnet. Was Horst Milde zu den Studiengängen Jura und Ingenieurwissenschaften zur Publikation vorbereitet, liest sich schon im Entwurf wie eine Fallstudie zur Gewaltenteilung. Da ist auch so viel Selbstkritik enthalten, wie sie einem ansteht, der nicht als passiver Zaungast, sondern im Geschehen mitwirkt. Und da ist die Bereitschaft zur Korrektur zu spüren, die der Selbstgefälligkeit öffentlicher Arbeit so oft abgeht. Dankbarkeit ist eine private Kategorie, auch eine bürgerliche, aber Respekt ist, was öffentlich, als Bestandteil von Zivilisation, uns ansteht.

Zurück zu Ossietzky. Horst Milde und seine Partei haben, was Namengebung dieser Universität, was Berufsverbote und Freiheiten der Citoyens betrifft, viel wieder gut gemacht, woran auch sie mitschuldig geworden sind, und wir sehen: es gibt noch viel gemeinsam zu tun. Zurück zu Ossietzky, oder vorwärts zu ihm. Was erwarten wir von den Politikerinnen?

Gesellschaftlich können wir uns nicht einfach auf die moralischen Kategorien der Toleranz, des Gewährenlassens, der Gelassenheit gegenüber Elend und Vertreibung, gegenüber sozialer Ungerechtigkeit und kultureller Verödung zurückziehen. Wir müssen uns klarmachen, daß der Markt vieles reguliert, daß es aber auch eine Regulierung des Marktes geben kann und soll, wo er die vernachlässigt, die seinen Gesetzen gar nicht folgen können. Partei ergreifen,

das ist die gemeinsame Aufgabe von Wissenschaft und Politik. Wir bestehen darauf, daß wir vieles besser wissen als die Politik, und wenn wir uns politisch verstehen, haben wir mehr als nur Anspruch auf Gehör: Wir müssen die Mitwirkung an den Entscheidungen fordern, die ohne kritische Wissenschaft gar nicht zu treffen sind, schon gar nicht aus dem Populismus des kurzlebigen gesunden Menschenverstandes. Common sense macht nur Sinn, wenn er nicht vergißt, um welcher Zukunft willen wir angetreten sind. Wir dürfen den Staatsfinanzen nicht opfern, was sich über Generationen entwickeln muß, um wirken zu können, auch in unsern Kindern und Enkeln. So wie uns die Welt als Umwelt nur anvertraut ist, ist uns auch das Wissen nicht nur zur heutigen Vernutzung anvertraut in unserem eigenen ausschließlichen Interesse. Ohne dieses Interesse geht es allerdings auch nicht weiter: Die Verbesserung der Welt sollte auch mit unseren Lebensumständen, unserer Vision vom guten Leben, zu tun haben, sonst landen wir wieder bei der moralisierenden Kritik. Und wir können nur mit der Gesellschaft, die auf unsere Wissenschaft angewiesen ist, zusammenarbeiten, wenn auch sie, die Öffentlichkeit, Verantwortung für uns übernimmt. Kompetente Öffentlichkeit herzustellen, ist Teil unserer Aufgabe. Kompetent zu agieren, ist die Aufgabe der Regierenden, der Politik. Verantwortungsvoll hat Horst Milde seiner Universität Oldenburg, und damit der Wissenschaft, ein Beispiel gesetzt. Dafür ehren wir den Bürger, den Freund und, ab heute, das Mitglied unserer Republik, und wir sagen ihm Dank: denn die Ehre gilt auch und vor allem der Person, ohne die jede Funktion leer bleiben muß. Wir begrüßen unseren Ehrenbürger Horst Milde.



## HORST MILDE

### *Universitäten mit Zukunft*

Herr Präsident Professor Dr. Daxner,  
Herr Professor Dr. Singer, meine Damen und Herren,

Politikern werden Ehrungen zwar durchaus häufig zuteil. Positive Würdigungen ihres politischen Wirkens sind dagegen eher selten. Um so mehr freue ich mich über die mir verliehene Ehrenbürgerwürde der Universität Oldenburg, vor allem aber über die von Ihnen, verehrter Herr Professor Daxner, vorgenommene Laudatio. Dafür danke ich herzlich.

Ich darf offen sagen, daß mich die heutige Veranstaltung auch berührt, weil ich der Universität Oldenburg von Beginn an immer in besonderer Weise verbunden war und dies auch in Zukunft bleiben werde.

Von Anfang an habe ich verfolgt und soweit wie möglich daran mitgearbeitet, daß die im Dezember 1973 gegründete Universität mehr und mehr ihren gesicherten Platz in der Forschungslandschaft erringen und schließlich ihr eigenständiges Profil schaffen konnte.

Einer meiner ersten Besuche als damaliger Präsident des Verwaltungsbezirks Oldenburg galt der Universität. Ich hätte das nicht zu tun brauchen, denn ich hatte keine direkte Zuständigkeit. Andere Besuche wären vordergründig eher zu vertreten gewesen. Aber die Verbesserung der Infrastruktur im Nordwesten Niedersachsens war für mich immer ein Hauptziel der Gründung der Universität Oldenburg. Tatsächlich ist heute die Hochschule neben der Stadt Oldenburg nicht nur einer der größten Arbeitgeber der Region. Sie gibt auch aufgrund ihrer modernen, oft

interdisziplinär angelegten Forschung und Lehre erhebliche wirtschaftliche und kulturelle Impulse.

Für das Profil dieser Universität spricht auch, daß sie mit mehr als 20 ausländischen Universitäten förmliche Kooperationsbeziehungen, die unter anderem den Austausch von Wissenschaftlern und Studierenden vorsehen, unterhält. Das ist Friedensarbeit im besten Sinne!

Die „Aktivposten“ der Universität Oldenburg wären gewiß nicht hinreichend gewürdigt, wenn nicht auch ihre besondere aufklärerisch-demokratische Tradition hervorgehoben würde. In diesem Geiste ist es ihr nämlich gelungen, universitäre Studienmöglichkeiten für eine bis dahin vernachlässigte Region zu schaffen und damit den Anspruch auf eine gleiche hochschulmäßige Versorgung der hier wohnenden Menschen in einer geographischen Randlage Deutschlands und Niedersachsens geltend zu machen.

Die Universität Oldenburg hat es so geschafft, den jungen Menschen „vor der Tür“ eine Zukunftsperspektive zu bieten und damit - zur Vermeidung von Nachteilen für unsere Wirtschafts- und Arbeitsplatzsituation - besorgniserregenden Abwanderungstendenzen entgegenzutreten.

Die Universität hat zu Einkommen und Nachfrage, Umsatz und Steuereinnahmen beigetragen. Sie hat einen „Wandel der Qualifikationsstrukturen“ dieser Nordwestregion bewirkt. Diese „Folgeeffekte“ sind nicht zu unterschätzen.

Ungeachtet dessen ist das heutige Ereignis für mich kein Tag der gänzlich ungetrübten Freude. Denn das Kapitel „Volluniversität Oldenburg“ ist noch längst nicht zu Ende geschrieben.

Im Gegenteil: Die Universität Oldenburg ist und bleibt bis auf weiteres eine „Universität im Aufbau“. Den Eingeweihten dieses Auditoriums ist klar, worauf ich

anspielen will: Der Universität Oldenburg fehlen Fachbereiche.

„*Der Grad der Vollständigkeit einer Universität wird im wesentlichen durch die 'Diversität des Fächerkanons' bestimmt, der dort vertreten ist*“, hat mir vor fast genau sieben Jahren der damalige Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Pestel, in einer Debatte erwidert - wie der Stenografische Bericht des Niedersächsischen Landtages, 9. Wahlperiode, 15. Plenarsitzung am 16. Mai 1979, Seite 1797 ausweist.

Natürlich ist für eine Universität ihre Universalität, die Vielfalt ihrer wissenschaftlichen Methoden und Gegenstände der Forschung und Lehre, kennzeichnend. Darum geht es ja bis heute. Aber das wollte ich von Professor Dr. Pestel nicht erklärt haben. Ich wollte, daß er die von ihm richtig erkannte Tatsache realisiert. Die von ihm gegebenen Zusagen sind aber weder von ihm noch von seinen Nachfolgern eingehalten worden.

Wohl kaum eine Hochschule in der Bundesrepublik ist in derartigem Maße der Wahltaktik und politischen Täuschungen unterworfen worden wie die Universität Oldenburg. Und das, obwohl doch gerade eine Universität - eine im Aufbau befindliche allemal - ein Minimum an Kontinuität für ihre Planungen braucht.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Wer einen Beweis sucht, wie unglaublich Politik gelegentlich sein kann, der möge sich mit der Geschichte dieser Universität bezogen auf die Fachbereiche Jura und Ingenieurwissenschaften näher auseinandersetzen. Er wird reichlich fündig werden ... !

Um es ganz deutlich zu machen:

Es geht in dieser Frage nicht bloß um eine rein additive Ergänzung des Fächerkanons unserer Universität, um eine durch vordergründige Prestige Gründe bestimmte

Erweiterung ihres Ausbildungsangebots. Es geht um die Lebensfähigkeit und die Zukunft dieser Region. Doch das hat so mancher leider noch nicht begriffen!

Wir müssen an der Errichtung von ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen vor allem in Verlängerung der bereits bestehenden naturwissenschaftlichen Fächer Physik und Informatik mit großem Nachdruck festhalten. Nur so werden wir der wissenschaftlichen Zukunftsperspektive der Universität, unserer Verantwortung für künftige Generationen von Studierenden und unserer Mitbeteiligung an einer nachhaltigen Entwicklung des Nordwestens unseres Landes gerecht.

Dabei vergessen wir nicht:

Es gibt immer noch Abwanderungstendenzen in die Zentren und technologischen Ballungsgebiete unserer Republik. Daher würde ein Verzicht auf hochqualifizierte technische Ausbildung die Gefahr verstärken, daß der Nordwesten Niedersachsens zur technologischen Wüste wird.

Unsere komplizierten Lebenswirklichkeiten sind nur durch ein differenziertes Rechtssystem in den Griff zu bekommen, deshalb brauchen wir junge Menschen, die eben auch davon etwas verstehen und die wir daher hier an der Carl von Ossietzky Universität für die entsprechenden Aufgaben qualifizieren müssen.

Der Name dieser Universität ist nicht nur für die Studierenden und Lehrenden, sondern auch für die staatliche Verantwortung Tragenden Verpflichtung. Welchen Sinn sollte sonst eine Namensgebung haben? Carl von Ossietzky ist das Recht genommen worden, er wurde rechtlos gestellt. Um so unverständlicher ist es, daß der Universität, die seinen Namen trägt, der Fachbereich Jura von allen Regierungen und den jeweiligen Mehrheiten vorenthalten worden ist.

Bei gutem Willen wäre das früher ohne eine Erhöhung der Studienplätze im Lande möglich gewesen. Es hätte nur die Verlagerung eines Teiles der Kapazität anderer Universitäten bedurft. Carl von Ossietzky ist man auch hier bis heute nicht gerecht geworden.

Universitäten - vor allem aber „Volluniversitäten“ - sind bedeutende Wirtschaftsfaktoren. Sie schaffen sekundäre Arbeitsmärkte und geben Impulse für Ansiedlungen im produzierenden und dienstleistenden Bereich.

Die regionale Bedeutung einer Hochschule gewinnt im übrigen in einem europäischen Differenzierungsprozeß zunehmend an Gewicht. Allein der Forschungssektor strahlt nicht nur durch Drittmittel aus, sondern produziert immer wieder Anschlußentwicklungen, die als Firmengründungen oder Beratungen in die unmittelbare Umgebung wirken.

Vor diesem Hintergrund dürfen sich die Universitäten selbst keineswegs als bloße Kostgänger staatlicher Ausgabenpolitik betrachten. Sie sind kulturelle, soziale und ökonomische Standortfaktoren allerersten Ranges.

Die verstärkte Förderung von Bildung und Qualifikation ist und bleibt dabei gerade in einem rohstoffarmen Land eine besonders wichtige Zukunftsinvestition. Gerade hier ist die Herstellung einer zeitgemäßen Wissenschaftslandschaft - wie sie ja auch von unseren niederländischen Partnern dezidiert gewünscht wird - von besonderer Bedeutung.

Es gibt aber nach meiner Einschätzung und Erfahrung in unserem Land zu wenige Politiker, die den Zusammenhang zwischen langfristigem Wirtschaftswachstum und Bildungsinvestitionen tatsächlich verstanden haben.

Dabei haben Bildung und Wissenschaft gerade in einer hochindustrialisierten Gesellschaft einen besonderen Stellenwert. Die Leistungsfähigkeit der gesamten Ausbildung, die ihre höchste Ebene in den Hochschulen findet, bestimmt im



Ergebnis das Qualifikationsniveau der Bevölkerung. Der universitären Forschung fällt in diesem Rahmen die Aufgabe zu, durch die ständige Weiterentwicklung des Wissens, der Methoden und der Techniken sowie ihrer Umsetzung in neue oder verbesserte Produktionsverfahren zur Sicherung unseres Wohlstandes beizutragen. Sie leistet darüber hinaus wichtige Beiträge, um abträgliche Folgen der ökonomisch-technischen Entwicklung zu vermindern oder zu beseitigen.

Im Zuge der weltweiten Konkurrenz wird auch die Wettbewerbsfähigkeit des Industrie- und Dienstleistungsstandortes Deutschland - und natürlich auch diejenige des Nordwestens von Niedersachsen - in Zukunft noch stärker auf Faktoren gründen müssen, die unter anderem mit den Stichworten Humankapital, Hochtechnologie und organisatorisches Wissen umrissen werden können.

Die fortschreitende Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, nicht zuletzt die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes, erfordern in einem Hochlohnland ein hohes Qualifikationsniveau der Erwerbstätigen. Sie müssen sich zur Erreichung dieses Ziels auf leistungsfähige Universitäten gründen können. Besonders positive Wirkungen auf die Wirtschaftsstruktur von Regionen werden regelmäßig von dem Technologie- und Wissenstransfer der Hochschulen allgemein, insbesondere aber von dem Forschungspotential der ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche erwartet.

In Oldenburg wissen wir das, und darum kämpfen wir dafür. Gerade diese Fachbereiche sind innerhalb Niedersachsens im wesentlichen im Südosten konzentriert, und eine starke Klientel pocht auf die Beibehaltung bestehender - ungleicher - Strukturen ...! Also müssen wir uns hier allein helfen. Das geplante Technologie-Zentrum, das ohne staatliche Förderung gebaut wird, ist die Antwort. Allerdings muß die Universität erwarten dürfen, daß das Land bei der

Ausstattung - ich erinnere an zwei Professorenstellen - seine Mithilfe nicht verweigert.

Bis jetzt hat es genug Thesenpapiere, Strukturberichte, parlamentarische Initiativen, wissenschaftliche Gutachten und Kommissionsvoten gegeben. Es muß jetzt einmal im Sinne früher gegebener Zusagen entschieden und gehandelt werden! Etwas anderes ist ein Affront gegen diese Universität, gegen diese Region und vor allem gegen die hier lebenden Menschen!

Das gilt auch für die neuerdings aufgekommene Diskussion um unsere Fachhochschule. Wer vorher eine Zusammenarbeit zwischen Universität und Fachhochschule propagiert hat, dem sollte es eigentlich auch nicht schwer fallen, zu einem Gesamtverbund der Universität mit den drei Fachhochschulen des Nordwestens zu kommen. Hier kann das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Ich weiß, daß die jetzt verantwortliche Ministerin, Frau Schuchard, unsere Universität mit großem Verständnis behandelt und ihr zu danken ist, daß nicht manches noch schlimmer geworden ist. Um so mehr sollte es möglich sein, hier zu einer vernünftigen, dauerhaften Lösung zu kommen.

Lassen Sie mich hier nun bitte noch zwei - mehr grundsätzliche - Gedanken vortragen:

Ich meine, daß wir sowohl unter den Politikern wie in den Universitäten eine neue Denkgeneration brauchen. Es geht nicht, daß die Gesellschaft und die Politik nur eine inhaltlich nicht näher definierte Servicefunktion der Hochschulen abrufen und anschließend zur Tagesordnung übergeht.

Vor allem aber: Die Hochschulen müssen sich den brennenden gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit mit dem wissenschaftlichen Anspruch, den sie vertreten, mehr und deutlicher stellen.

Lassen Sie mich dazu ein Beispiel anführen: Wenn die „Fünf Weisen“ bei der Vorstellung ihres Jahreswirtschaftsberichts von einer „konzeptionslosen Finanzpolitik“ gesprochen haben, so kann ich nur sagen: *Herzlichen Glückwunsch zur Analyse, aber wo bitte bleibt die eigene Konzeption ... ?*

Mir erscheint es zu wenig, wenn sich die Universitäten als bloße Analytiker und Kommentatoren unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit verstehen. Sie müssen selber Konzeptionen entwerfen, wenn die Politik es nicht kann oder - noch schlimmer - es nicht will.

Analysieren und vor allem kommentieren können die Medien letztlich auch. Universitäten aber können eigentlich mehr!

In einer Zeit, in der wir - rein kalendermäßig betrachtet - an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend stehen und im übrigen - wie spätere Geschichtsschreiber vielleicht einmal feststellen werden - in einer Zeitenwende, die dem Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit entsprechen mag, müssen die Universitäten „aus der Deckung kommen“ und alternative Zukunftskonzepte entwickeln. Über diese Alternativvorschläge mag sodann politisch gestritten und entschieden werden.

2. Ein weiterer Aspekt: Wir haben im vergangenen Monat des Reaktorunfalls in Tschernobyl vor zehn Jahren gedacht. Der Name dieses Unglücksortes ist zum Synonym für von Menschen verschuldete technische Katastrophen schlechthin geworden.

Tschernobyl und insbesondere das schreckliche Los der Kinder dieser Region einerseits und der grausame Krieg im ehemaligen Jugoslawien, der in seiner Unmenschlichkeit dem letzten Weltkrieg in nichts nachstand, sowie die vielen anderen gegenwärtigen Kriege auf der Welt andererseits sollten uns eindeutig lehren:

Es muß endlich das begriffen und erreicht werden, was unter anderen Andre Sacharow erträumte und was er von seinen Zeitgenossen einforderte, nämlich die Einheit von Politik, Wissenschaft und Moral. Denn diese Einheit ist unverzichtbare und entscheidende Voraussetzung dafür, daß unser Planet überhaupt bewohnbar bleibt.

*„Der Bestand unserer Zivilisation hängt“* - so formulierten Albert Einstein und Thomas Mann im September 1945 in einer gemeinsam verfaßten Erklärung - *„davon ab, daß wir die Wissenschaft der menschlichen Beziehungen pflegen: Die Fähigkeit von Menschen verschiedenster Art, in derselben Welt in Frieden zusammenzuleben und zusammen zu arbeiten.“*

Damit ist - wie ich finde - in der Tat ein wirklich wichtiges Objekt wissenschaftlicher Betrachtung beschrieben worden, wie sie der Universität Oldenburg durch die Benennung mit dem Namen „Carl von Ossietzky“ vorgegeben ist.

Deshalb müssen wir die dem neuzeitlichen Menschen offensichtlich ureigene Hybris abschütteln und uns bewußt werden, daß wir Rechenschaft abzulegen haben über unser Tun.

Wir müssen sowohl auf der Ebene der Politik als auch auf der Ebene der Wissenschaft eine - wie sie Hans Jonas vorgeschlagen hat - neue Risikophilosophie entwickeln, die sich auf der präventiven Vorahnung von Risiken gründet und in einem stärkeren Maße die Verantwortung für unsere Menschen und gegenüber künftigen Generationen als Grundlage einer Ethik für die heutige technologische Zivilisation betont:

*„Handle in einer Weise,“* - so hat er den kategorischen Imperativ Kants neu formuliert - *„daß die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden!“*

Ich komme zum Schluß: Wilhelm von Humboldt hat im Jahre 1810 versucht, Wesen und Zweck der Universität zu beschreiben und alles aus „einer Idee“ abzuleiten - aus der Idee der Universität. Wer redet aber heute noch über die „Idee“ der Universität?

Was soll diese Idee der Universität sein, der konstituierende Grund also, der über die bloße zweckhafte Existenz hinausreicht und ihr über das bloße Funktionieren als Institution den Weg zu Reformen und - wichtiger noch - zu zukunftsweisenden Leistungen für unsere Menschheit weist? Ich bin der Meinung: Wir müssen uns gerade in der jetzigen Phase dieser Grundfrage in nachhaltiger Weise stellen.

Wer den Universitäten eine Zukunft geben, sie reformieren und in ihrer Leistungsfähigkeit fördern will, muß zuerst einen Begriff von der Universität haben, der sich aus einer Idee ableitet. Denn: *„Wer sich vor der Idee scheut, hat zuletzt den Begriff nicht mehr“*, so schreibt Goethe in seinen „Maximen und Reflexionen“.

Damit genug der Reflexionen meinerseits! Die Universität Oldenburg ist ein Segen für diese Region, und sie kann noch besser werden, wenn man in Hannover und anderswo die Weichen dafür richtig stellt.

Ich wünsche uns allen auf dem langen Weg zu einer „Volluniversität“ einen langen Atem und keine Müdigkeit, gute Argumente und keine Resignation, vereinzelt Rückschläge vielleicht, aber am Ende den so bitter notwendigen Erfolg!